



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

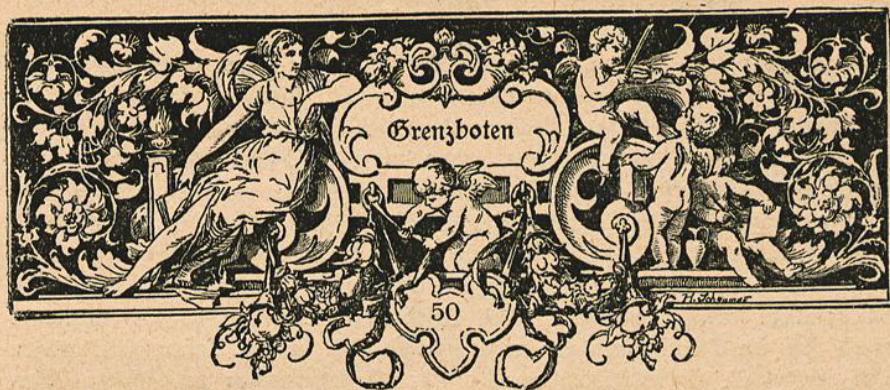
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kern, Fritz: Die Koalition vor dem Forum der Deutschen Volkspartei

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



Ausgegeben am 10. Dezember 1921

Macht, die nicht ausgeübt wird, schwindet.

## Die Koalition vor dem Forum der Deutschen Volkspartei

Von Fritz Kern

### I. Einst und jetzt



or fast zehn Jahren — als Bethmann die Wahlen gegen die Rechte gemacht hatte, jene Wahlen, die später die Resolutionsmehrheit vom Juli 1917 über uns verhängten — wählte die nationalliberale Reichstagsfraktion Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstags. Danach regneten aus der Provinz die Mißtrauenskundgebungen der nationalliberalen Vereine und Gruppen, auch die Austrittserklärungen nach Berlin. Von dem nationalliberalen Abgeordneten Schiffer, dem jetzigen vielseitigen demokratischen Politiker, ging in jenen Tagen das Gerücht, er führe die der sozialdemokratischen Präsidentschaft abgeneigte Opposition gegen Bassermann und Stresemann; dementsprechend trugen nicht wenige jener rechtsnationalliberalen Entrüstungstelegramme die Aufschrift: „An die Fraktion Schiffer.“

Harmlose Erinnerungen aus Tagen, die sich zu den unsrigen verhalten wie Frenssen zu Dantes Inferno! Immerhin konnte man gespannt darauf sein, wie sich der in der vorigen Woche in Stuttgart versammelte Parteitag der Volkspartei zu der diesmal so weit ernsthafteren Annäherung der Parteileitung an die Sozialdemokratie verhalten werde.

### 2. Weshalb die Koalition?

An dieser Stelle ist schon die Ansicht vertreten worden, daß der Beweggrund und der eigentliche Ursprung der Koalition in der Außenpolitik liege. Manches hierüber konnte — und kann auch heute noch — nicht gesagt werden; aber seit dem äußerlich sichtbaren Umschlag in Washington, also seit

etwa zwei bis drei Wochen, reden die Tatsachen eine jedem Zeitungsläser vernehmliche Sprache. Die gesamte Aktion, deren Teilglied die Annäherung der Volkspartei an die bisherigen Regierungsparteien ist, hat weltpolitisch schon jetzt erkennbare Früchte gezeitigt. Denn wenn die angelsächsische Politik auch nur ihren eigenen Interessen und nicht irgendwelchen Sympathien für deutsche folgt, so ist es für die englisch-amerikanischen Entschlüsse doch wesentlich, welche Regierung, Parteiverhältnisse und Finanzmethoden in Deutschland obwalten. Dies kann für das uns zu belassende Maß politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit geradezu entscheidend sein. Aus diesem Grunde haben die „Grenzboten“, sobald sich im Spätsommer der erste schmale Weg aktiver Außenpolitik zeigte, nicht geschwankt, die Absichten von Stinnes und Stresemann zu billigen. Wer, wie Dr. Helfferich, über die Koalition erst urteilen will, wenn ihre Ergebnisse vorliegen, wird schon heute damit zufrieden sein dürfen, daß die Weltlage keine reine Linkspolitik in Deutschland mehr vorfindet. Es ist ein Fortschritt, daß auch Wirth und Hermann Müller das große Ansehen, das die Volkspartei als Wirtschaftspartei im Auslande genießt, bei den bevorstehenden lebenswichtigen Entscheidungen nicht entbehren wollen. Und da die Außenpolitik stets den Primat über die innere haben muß, so würde die Koalition auch dann erstrebenswert bleiben, wenn bei dem an dieser Stelle vor vierzehn Tagen erörterten innenpolitischen Pro und Contra das Contra überwiegen sollte.

Indes außenpolitische Vorgänge werden, so lange sie sich vollziehen, der Öffentlichkeit nicht recht anschaulich. Man konnte also von den zum Parteitag der Volkspartei zusammenströmenden Delegierten erwarten, daß sie manche Frage, manches Bedenken vorzubringen hätten. Waren doch Presse und Funktionäre dieser Partei durch die Heidelberger Koalitionsbeschlüsse nicht weniger überrascht worden, als sich die Sozialdemokraten durch die Görlitzer Anträge ihrer Parteileitung ihrerseits überrumpelt gefühlt hatten. Noch jetzt ist ja die gegenseitige Abneigung bei den sozialistischen und volksparteilichen „Alliierten“ weit größer als die Liebe. Hatte doch auch in der Reichstagsfraktion anfänglich Stresemann als Verfechter des Koalitionsgedankens fast allein dagestanden, als es sich darum handelte, die bequeme und sichere Stellung einer Oppositionspartei mit der unbequemen und für die Parteizukunft gefährlichen Anteilnahme an einer Regierung zu vertauschen, deren Majorität in fremden Händen ist.

### 3. Die Opposition in der Volkspartei

Es zeigte sich in Stuttgart bald, daß größere Spannungen, wie sie das Zentrum auch nach der Abspaltung der Bayerischen Volkspartei in dem Gegensatz Wirth-Stegerwald behalten hat, und wie sie die Demokraten unter sich in Bremen nur sehr übelläufig durch die neue Konsularverfassung Petersen-Erkelenz überbrücken konnten, in der Volkspartei zurzeit nicht vorhanden sind. Wohl ist die Verfestigung der Bauernfraktionen, die in Baden und Hessen anfang, für das Ideal einer nationalen Volksgemeinschaft bedauerlich; sie trifft aber unmittelbar die Deutschnationalen. Wohl beklagen sich die Arbeitervertreter in der Volkspartei über ihren noch zu geringen Einfluß; dies wird sich aber sofort ändern, wenn wachsende politische Reife größere Arbeitermassen in die natio-

nalen Parteien hineinführt. Nirgends aber kündigt die Kritik des Parteitages irgendwelche Neigung zu Sonderbestrebungen an. Man hatte die Beweggründe der Parteileitung noch nicht überall verstanden; aber es fehlte jeder praktische Vorschlag, wie sie es hätte anders machen sollen. Die Einwände, die erhoben wurden, ohne die so gut wie einstimmige Annahme eines Vertrauensvotums für die Parteileitung zu stören, enthielten etwa folgende Gesichtspunkte:

Kann die Bekämpfung der sozialistischen Grundsätze und der sozialdemokratischen Vorherrschaft noch wirksam geführt werden, wenn die Ministerbank gemeinschaftlich besetzt wird? Warnt nicht das Beispiel der Demokratischen Partei? Kann man eine Rechtspartei bleiben, wenn der mittelparteiliche Charakter so stark unterstrichen wird? Ist der Kurs ein gerader, wird der Grundsatz durchgehalten, jede Ententewillkür und jedes Nachlaufen hinter der Sozialdemokratie abzulehnen? Ist der Eintritt in die Regierung nur um des Vaterlandes willen in Aussicht genommen? War bei der Regierungsbildung in Preußen kein stärkerer Einfluß auf die Ministerbestellungen der anderen Parteien möglich?

#### 4. Die Gründe der Fraktion

Die hierauf seitens der Parteileitung mit dem erwähnten Erfolg eines glatten Vertrauensvotums vorgebrachten Gesichtspunkte waren etwa folgende:

Von den drei Kraftquellen eines Staates, Waffenmacht, geschlossenes Nationalgefühl und Wirtschaft verfügt das heutige Deutschland nur über die dritte und letzte. Infolge des gleichzeitigen Niederbruchs Rußlands ist unsere Währungskatastrophe ein fühlbares Weltunglück; wenn ganz Europa krank ist, können sich auch die angelsächsischen Mächte aus dieser Schicksalsgemeinschaft nicht durch eine einfache Austrittserklärung entfernen. Deutschlands Sanierung ist damit ein Weltinteresse geworden. Es gilt jetzt, die Unerfüllbarkeit des Versailler Vertrages nicht nur zu behaupten, sondern zu beweisen; dazu gehört seitens der Industrie die Kreditaktion, seitens der Volkspartei Mitarbeit und Mitverantwortung an der Heilung unseres Staatsbudgets. Die Macht, die da ist, muß auch benutzt werden; das Ziel ist nicht sowohl eine Koalition, als die Rotgemeinschaft des ganzen national pflichtbewußten Volkes. Die Volkspartei wird den Augenblick begrüßen, da die Mithereinnahme der Deutschnationalen möglich wird. Inzwischen wird die Opposition der Deutschnationalen die Volkspartei in ihrem Entschluß stützen, ihre Grundsätze nicht preiszugeben und der Sozialdemokratie keine unberechtigte Führung zu überlassen. Ob die Koalition im Reich überhaupt möglich wird, steht noch dahin. Die Volkspartei wird jedenfalls ihre Grundsätze dabei nicht opfern. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß innerhalb der Sozialdemokratie sich Scheidungen vollziehen, die ohne den Rapp-Putsch schon 1920 zu besseren Ergebnissen geführt hätten, Scheidungen zwischen denjenigen Führern, die ein Schwenken der Arbeiter nach nationaler Bodenständigkeit anerkennen, und den Hezern, die die Kluft zwischen den „zwei Nationen“, den Besitzenden und Nichtbesitzenden, über alles andere stellen. Gegen die sozialistische Weltanschauung kämpfen ja die Erfahrungen der letzten Jahre, das Scheitern der bolschewistischen Versuche, die Bankrotterklärung der österreichischen Sozialdemokratie, die allmähliche Wirkung der praktischen Staatsnotwendigkeiten auch

auf sozialdemokratische Minister. Im Grund ist heute der Arbeiter selbst überzeugt, daß sich die Wirtschaft nicht auf marxistische Utopien umstellen ließe, ohne den Arbeiterstand mit zu gefährden. Was ihm theoretisierende Akademiker erzählen, widerspricht seinen wachsenden eigenen Einsichten. Wir verlangen aber keine Bußbekenntnisse der Sozialdemokraten; uns ist das Zusammenwachsen der Stände zu einem Volk die Hauptsache.

Angefihts der Nachgiebigkeit der weiter linksstehenden bürgerlichen Parteien kann die Volkspartei nicht einfach eine Verdoppelung der deutschnationalen Opposition bleiben, sondern muß ihren praktischen Einfluß im Staat selbst geltend machen. Da ein Rechtsblock bei uns nicht den Anfang eines Zweiparteiensystems — das wir in Deutschland nicht schaffen können — sondern die Wiederaufreißung klassenden inneren Zwistes bedeuten würde, so ist dies Schlagwort unzeitgemäß. Da eine rein bürgerliche Regierung am Widerspruch der linksstehenden bürgerlichen Parteien scheitert, so ist sie nicht möglich.

Betrachtet man die nationalen Wählerschichten als eine Einheit, so stellen sie eine Macht dar, die nicht dadurch vollständig ausgenutzt wird, daß beide Rechtsparteien nur Opposition außerhalb der Regierung machen, sondern, da die Mittelparteien des Zentrums und der Demokraten in Wahrheit zu sehr nach links hängen, kann die für das heutige Deutschland praktisch allein mögliche Mittelpolitik nur dadurch geschaffen werden, daß die „mittlere Rechtspartei“ innerhalb der Regierung selbst die Linkspolitik nach rechts hin beeinflusst, in innerpolitischen Fragen vermittelnd, aber unnachgiebig in der Forderung der Abwehrfront nach außen, in der Ablehnung jeglicher unehrlicher Erfüllungs- oder unwürdiger Unterwerfungspolitik. Das ist das praktische Programm der Volksgemeinschaft. Unschönheiten, wie bei der preußischen Regierungsbildung, oder Verbüchtigungen durch Fernerstehende sind in Kauf zu nehmen, wenn sie die Linie dieser Politik nicht verwischen. Wäre Politik ein Bühnenvorgang, es gäbe Haltungen, welche den Applaus von Zuschauern gefühlsmäßig mehr herausfordern. Aber Politik ist ein Handgemenge, in dem man nicht fragt, wie es aussieht, sondern was man durch Kämpfen herausholt. —

Diese Leit motive beherrschten die Stimmung, die sich dreimal zu einmütigem Schwung erhob, als österreichische und deutschböhmische Männer und Frauen vom gemeinsamen Leid und der gemeinsamen Hoffnung sprachen, als der Sieger vom Skagerrak an deutsche Größe erinnert und als Stresemanns Rede die Verantwortlichkeit des Führers unterstrich, nicht hinter der Mehrheit herzutrotten, sondern sich in entscheidenden Augenblicken mit der ganzen Persönlichkeit auch für eine unpopuläre Politik einzusetzen, wenn er sie für staatsnotwendig hält.